

Mit einer Stimme für Frauenrechte

Lobbyarbeit bei den UN am Beispiel des Prozesses für nachhaltige Entwicklung

von Sascha Gabizon und Anke Stock

2015 ist das Jahr der großen internationalen Abkommen: So soll ein neues Klimarahmenabkommen in Paris verabschiedet werden, außerdem haben sich die Vereinten Nationen darauf geeinigt, die Millenniumsentwicklungsziele durch die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) zu ersetzen. Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in allen professionellen Bereichen sowie die Gewährleistung von Menschenrechten für Frauen und Mädchen sind im Fokus der frauenpolitischen Lobbyarbeit bei diesen internationalen Verhandlungen.

Darüber hinaus jährt sich die Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 zum zwanzigsten Mal, und damit bekommt die 1995 verabschiedete Pekinger Aktionsplattform zur Herstellung der Geschlechtergleichheit mit ihren zwölf Handlungsfeldern einen neuen Impuls für ihre – bislang schleppende – Umsetzung.

Die Rolle von Frauen in der nachhaltigen Entwicklung ist vielschichtig, und ihrer Bedeutung wird zunehmend Anerkennung geschenkt: Denn wer Armut erfolgreich bekämpfen will, muss sicherstellen, dass Frauen ausreichend Zugang zu Informationen, Ressourcen und Finanzierung bekommen und in allen Bereichen der Gesellschaft auf Augenhöhe mit den Männern mitentscheiden können. Nur so können sie sinnvoll an sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung teilnehmen. Auf internationaler Ebene bedeutet Partizipation von Frauen auch die effektive Teilnahme an Prozessen der Vereinten Nationen.

Die Koordination der verschiedenen Interessen vielfältigster Frauengruppen weltweit im Rahmen der UN-Verhandlungen ist eine Herausforderung. Oberstes Ziel ist die Beteiligung möglichst vieler Gruppen mit unterschiedlichsten Politikschwerpunkten aus dem globalen Süden und Norden. Schon im Jahr 1992 beim Weltgipfel in Rio de Janeiro in Brasilien wurde festgestellt, dass nachhaltige Entwicklung besonders von der Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Prinzip 10 der Rio-Deklaration – Öffentlichkeitsbeteiligung) und der Frauen (Kapitel 24 der Agenda 21) in die (politischen) Entscheidungsfindungsprozesse profitiert. Hier wurden auch zum ersten Mal neun sogenannte Major Groups offiziell als die zivilgesellschaftlichen Hauptgruppen benannt, durch welche die Partizipation der breiten Öffentlichkeit an allen Entscheidungsprozessen sowie Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung gesichert werden soll. Bereits im Jahr 1992 beim Weltgipfel in Rio wurde die »Gruppe der Frauen« als eine der neun wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt, was zur Gründung der Women's Major Group (WMG) führte.

Die WMG ist eine selbstorganisierte, offene Gruppe von rund 500 Organisationen aus aller Welt, die sich für die Förderung der Menschenrechte im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung mit den Schwerpunkten Frauenrechte, Frauenförderung und Geschlechtergleichheit einsetzen. Ziel ist es, Organisationen für die Lobbyarbeit zu Frauenthemen eine Plattform zu bieten und gleichzeitig die Zusammenarbeit zu koordinieren, um so als eine Stimme vor der UN auftreten zu können. Im Vorfeld heißt dies, sich thematisch

national, regional und international in demokratischen Verfahren auseinanderzusetzen und abzustimmen sowie sich organisatorisch auf Vertreterinnen zu einigen, die an den Verhandlungen teilnehmen und dort sprechen oder andere Aufgaben, wie etwa das Verfassen von Stellungnahmen, übernehmen können.

In den letzten zwei Jahren engagierte sich die WMG stark in den Verhandlungen zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) und trug erheblich zu dem starken Ziel 5 »Geschlechtergleichheit und Women's Empowerment« bei. Außerdem setzte sich die WMG dafür ein, dass viele Unterziele in anderen Bereichen, wie etwa Wasser, Ernährung und Gesundheit, die Belange von Frauen berücksichtigen. Seit Januar 2015 ist die WMG wieder an den monatlichen Verhandlungen zum endgültigen Rahmenwerk der SDGs beteiligt. Dabei gilt es vor allem noch zu klären, wie die Ziele finanziert und umgesetzt werden sollen. Zum Auftakt der Verhandlungen im Januar präsentierte die WMG ihre Positionen, wobei sie Kritik an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon äußerte. Dieser hatte vorgeschlagen, die 17 formulierten Ziele der SDGs auf sechs »Elemente« zu reduzieren. Dem stimmt die WMG nicht zu, da so der Geschlechtergleichheit nicht mehr die notwendige Bedeutung zukommt.

Die WMG ist »Focal Point«, also Kontaktstelle, für verschiedene Unterorganisationen der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit allen UN-Politikfeldern zur nachhaltigen Entwicklung. Die WMG besteht aus zwei Abteilungen: Die WMG »Nachhaltige Entwicklung« deckt die Prozesse ab, die aus der Rio+20-Konferenz im Jahre 2012 entstanden sind, wie etwa die SDGs und die Finanzierung von nachhaltiger Entwicklung; die WMG »Umweltpolitik« verfolgt die Politikprozesse des UN-Umweltprogrammes (UNEP), unter anderem auch die verschiedenen Chemikalienkonventionen. Außerdem kooperiert die WMG sehr eng mit anderen Koordinierungsgruppen für Frauen, wie etwa der »Women and Gender Constituency« bei der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), und mit NGOs der UN-Frauenrechtskommission (FRK) und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE).

Es ist entscheidend, dass wir für die nächsten 15 bis dreißig Jahren internationale Abkommen haben, die Geschlechtergleichheit sowie die Menschenrechte von Frauen (und Männern) stärken. Gerade 2015 ist es wichtig, dass wir auf nationaler Ebene entsprechenden Druck auf die RegierungsvertreterInnen machen, die am Verhandlungstisch der UN sitzen werden.

Sascha Gabizon ist Geschäftsführerin, Dr. Anke Stock Senior Specialist Gender and Rights von Women in Europe for a Common Future (WECF) www.wecf.eu. Das internationale Netzwerk von über hundert Frauen-, Umwelt- und Gesundheitsorganisationen ist u.a. Mitorganisator der WMG. www.womenmajorgroup.org